

# Krieg ohne Ende

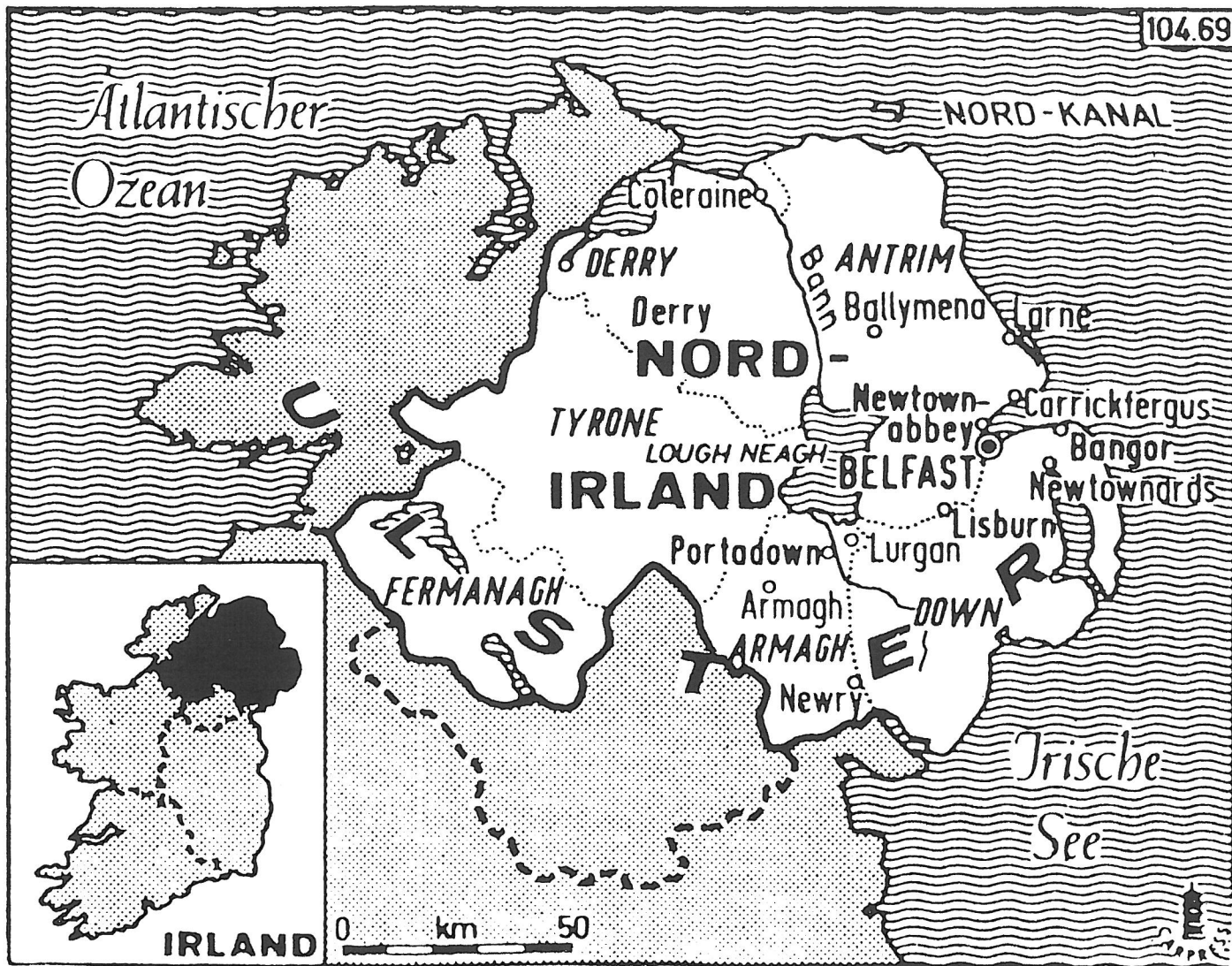
## – 20 Jahre Britische Truppen in Nordirland

„Vor zwanzig Jahren haben wir in den Straßen von Belfast und Derry für ein Ende der Diskriminierung von Katholiken demonstriert“, sagt Finbar O’Doherty, der eine führende Rolle in der Bürgerrechtsbewegung spielte. „Seit der Gründung dieses Staates im Jahr 1922 waren Katholiken sowohl in Bezug auf das Wahlrecht, als auch bei der Wohnungs- und Stellenvergabe benachteiligt. Zwar ist das Wahlrecht inzwischen nicht mehr an Hausbesitz gebunden, aber bei der Verteilung der Arbeitsplätze hat sich nichts getan – im Gegenteil: die Situation hat sich verschlechtert. Das angloirische Abkommen, das im November 1985 abgeschlossen wurde, hat daran nichts geändert, obwohl es ausdrücklich zu einer gerechteren Einstellungspraxis führen sollte.“

Die nordirische Bürgerrechtsbewegung entstand 1968. Sie wollte der Diskriminierung der katholischen Minderheitsbevölkerung ein Ende bereiten. Doch alle Reformpläne scheiterten am gewaltsamen Widerstand der Protestanten, denen von reaktionären Wortführern wie dem Pfarrer Ian Paisley eingeredet wurde, daß ihre Privilegien auf dem Spiel stünden. Bürgerrechtsdemonstrationen und katholische Wohnviertel wurden vom protestantischen Mob und seiner Polizei (RUC-Royal Ulster Constabulary) brutal überfallen. Die Katholiken errichteten Barrikaden, hinter denen sich die IRA langsam reorganisierte. Als die Situation eskalierte, entsendete die britische Regierung am 14. August 1969 ihre Armee. Die Soldaten wurden von den Katholiken zunächst freudig begrüßt, weil nun die verhaßte Polizei zurückgezogen wurde. Viele katholische Familien versorgten die Soldaten auf ihren Patrouillengängen mit Tee und Sandwiches. Doch die Flitterwochen währten nicht lange. Schon bald übernahmen die Soldaten die Rolle der Polizei und machten den protestantischen Paraden durch die katholischen Gettos die Straße frei. In den Augen der Katholiken verlor die Armee damit ihre Unschuld und Neutralität. Am 30. Januar 1972 wendete sich die Stimmung endgültig gegen die Armee: Britische Soldaten ermordeten am „Blutsonntag von Derry“ 14 unbewaffnete Bürgerrechtler, viele davon Jugendliche. Spätestens an diesem Tag wurde klar, daß die Soldaten parteiergreifende Teilnehmer am nordirischen Krieg waren – auf der Seite der protestantischen Mehrheit. Als die IRA am 6. Februar 1971 den ersten britischen Soldaten in Nordirland er-

schoß, hatte die britische Armee bereits mehrere katholische Zivilisten getötet. Nach der Erschießung des Soldaten erklärte der nordirische Premierminister Chichester Clark: „Nordirland befindet sich im Krieg mit der Provisional IRA“. In diesem Krieg sind seitdem über 2700 Menschen gestorben (Eine genaue Analyse und Statistiken über die Todesopfer enthält das Buch „Two Seven Six Three“ von Michael McKeown. Dublin: Murlough Press, 1989. 61 Seiten, 2,50 IR Pfund).

Nach Ausbruch des Konflikts geriet die südirische Regierungspartei Fianna Fail immer mehr unter Druck. Die Bilder von Straßenschlachten und Überfällen auf die katholischen Wohnviertel Belfasts und Derrys lösten Empörung aus – vor allem bei Anhängern von Fianna Fail, die sich traditionell als republikanische Partei bezeichnet und 1927 aus einer Abspaltung von Sinn Fein und IRA entstanden war. Von der Regierung wurde jetzt verlangt, daß sie den nordirischen Katholiken zu Hilfe komme und dadurch das Ende des künstlichen nordirischen Staates einleite. Tatsächlich richtete die irische Regierung lediglich Feldlazarette an der Grenze für die Flüchtlinge aus Nordirland ein. Die von der katholischen Bevölkerung Nordirlands erhoffte Invasion blieb aus, obwohl Teile von Fianna Fail Gespräche mit der wiedererstarkten IRA führten. Ob Fianna Fail-Mitglieder die IRA letztendlich mit Waffen versorgten, ist bis heute ungeklärt. Charles Haughey, heute Premier und damals Finanzminister, wurde wegen Waffenschmuggels für die IRA angeklagt, dann jedoch freigesprochen. In Dubliner Regierungskreisen ging die Angst um, daß die Revolte auf die Republik Irland überschwappen könnte. Ein Warnzeichen war die Massendemonstration in Dublin aus Protest gegen den „Bloody Sunday“, die mit dem Niederbrennen der britischen Botschaft endete. Zahlreiche Demonstranten forderten darüber hinaus Waffen, um den Katholiken im Norden beizustehen. Allerdings versäumten es Sinn Fein und IRA, diese Stimmung auszunutzen und im Süden eine politische Basis aufzubauen. So stießen die Maßnahmen, die die Dubliner Regierung schließlich zur Sicherung ihrer eigenen Position ergriff, auf wenig Widerstand. Die politischen Gefangenen wurden in das Militärlager Curragh südwestlich von Dublin verlegt. Außerdem wurden Sondergerichte ohne Geschworene eingerichtet, die reihenweise IRA-Mitglieder aburteilten. In der Verfolgung des republikanischen Widerstands hatte die Dubliner Regierung ihre Londoner Kollegen schnell eingeholt. London unternahm in der ersten Hälfte der siebziger Jahre verschiedene Versuche, den Konflikt unter Kontrolle zu be-



kommen. Die willkürliche Internierung ohne Anklage von über 2000 Menschen – fast ausschließlich Katholiken – verstärkte den Widerstand in den Gettos jedoch. Nachdem die britische Regierung im März 1972 das nordirische Stormont-Parlament aufgelöst und die Direktherrschaft übernommen hatte, gab es mehrere Vorstöße, die Katholiken an der Macht in Nordirland zu beteiligen. Sie scheiterten jedoch allesamt am gewaltsamen Widerstand der Protestanten. Danach änderte die Londoner Regierung ihre Strategie grundlegend. Ein Rückzug aus Nordirland, der ökonomisch

sinnvoll schien, kam aus politischen Gründen nicht infrage. Westminster fürchtete die Möglichkeit eines „europäischen Kuba“ vor der eigenen Haustür, solange die IRA ungeschlagen war. Nach dem Zusammenbruch der politischen Initiativen versuchte die Labour-Regierung daher, den Krieg in Nordirland zu entpolitisieren und ihn zu einem „law and order“-Problem herunterzuspielen. Bereits im April 1974 hatte der neue Nordirlandminister Rees angekündigt, er gedenke, die Verantwortung für den „Sicherheitsbereich“ wieder der Polizei zu übertragen. Außerdem wollte Rees das der bri-

tischen Armee unterstellte nordirische „Ulster Defence Regiment (UDR)“ verstärken, während die britische Armee mehr in den Hintergrund treten sollte. Diese „Ulsterisierungs-Strategie“ läßt sich an Zahlen ablesen: Während die Zahl der UDR-Soldaten und RUC-Polizisten 1973 noch bei 14 500 lag, stieg sie bis 1980 auf 19 500. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der in Nordirland stationierten britischen Soldaten von 15 500 auf 11 000. Darüber hinaus wurde aus der unbewaffneten Polizei wieder ein paramilitärischer Verband. Die RUC wurde mit Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehren ausgerüstet, und ihre Rechte und Kompetenzen wurden erweitert. Es wurden mehrere Sondergesetze verabschiedet („Emergency Provisions Act“ und „Prevention of Terrorism Act“), die es der RUC gestatteten, Verdächtige zu verhaften und bis zu sieben Tagen festzuhalten.

Mit der „Ulsterisierung“ und der damit verbundenen stärkeren Rolle der RUC sank die Präsenz der britischen Armee in den katholischen Gettos. Zwar führte die Armee noch immer Überwachungsaufgaben durch, doch die Zahl ihrer aktiven Einsätze sank beträchtlich. Diese Verschiebung der Aufgabenbereiche stieß in der Armeespitze auf wenig Begeisterung und führte zu Spannungen mit der RUC. Schon bald wurde jedoch deutlich, daß die Armee ihre eigene Strategie im Umgang mit „mutmaßlichen Terroristen“ entwickelt hatte: Die Elitetruppe SAS (Special Air Service) kam zum Einsatz. Schon die Bürgerrechtsbewegung hatte 1973 vor dem SAS gewarnt, bei dessen Einsätzen nie Gefangene gemacht werden. Offiziell wurden die Elitesoldaten erst 1976 nach Nordirland entsandt, doch das war nur eine kosmetische Übung. Tatsächlich war der SAS sogar schon vor Ausbruch des Krieges in Nordirland stationiert. Aufgabe des SAS war es zunächst, im Grenzgebiet der Grafschaft Armagh Bombenanschläge durchzuführen, um Verwirrung zu stiften. Darüber hinaus fielen der Einheit seit April 1976 zahlreiche IRA-Mitglieder, aber auch Unbeteiligte zum Opfer.

Gleichzeitig mit der „Ulsterisierung“ begann die britische Regierung eine Strategie der Kriminalisierung, die sich vor allem gegen die IRA richtete. Am 1. März 1976 schaffte die britische Regierung den politischen Status für die Gefangenen aus der IRA und INLA (Irische Nationale Befreiungsarmee) sowie für die loyalistischen Gefangenen ab. Über Nacht wurden IRA-Aktionen zu gewöhnlichen Verbrechen umdefiniert. Die Gefängnisse explodierten. Zunächst saßen die Gefangenen nur mit einer Decke bekleidet in ihren Zellen, weil sie die Gefängnisuniform ablehnten. 1978 wurden die Protestaktionen ausgeweitet. 350 Gefangene begannen ei-

nen „Dreckstreik“. Sie wuschen und rasierten sich nicht mehr und weigerten sich, ihre Toilettenkübel auszuleeren. Stattdessen schmierten sie die Exkremente an die Wände und gossen den Urin unter den Zellentüren durch. Dieser Protest war durch die Gefängniswärter ausgelöst worden, die die Gefangenen auf dem Weg zur Latrine ständig schikanierten und die Kübel in den Zellen umstießen, so daß sich der Inhalt über die Matratzen und Decken – das einzige „Kleidungsstück“ der Gefangenen – ergoß.

Viele Gefangene standen im Herbst 1980 vor dem physischen und psychischen Zusammenbruch. Am 27. Oktober begannen sieben IRA-Gefangene einen Hungerstreik, den sie als letzte Möglichkeit sahen, die Zustände in den Gefängnissen zu verändern. Im November schlossen sich drei Frauen im Armagh-Gefängnis dem unbefristeten Hungerstreik an, und ab Dezember 1980 verweigerten 30 weitere Gefangene die Nahrungsaufnahme. Zu diesem Zeitpunkt hatten die ersten sieben Hungerstreikenden bereits ein kritisches Stadium erreicht. Einer von ihnen, der 27jährige Sean McKenna, war erblindet und dem Koma nahe. Jetzt zeigte sich das Nordirland-Ministerium scheinbar zum Einlenken bereit. Den Gefangenen wurde ein 34seitiges Papier vorgelegt, das einige Vorschläge zur Verbesserung der Situation in den Gefängnissen enthielt. Da einer der sieben Männer, die den Hungerstreik begonnen hatten, in Lebensgefahr schwebte, mußten die anderen sechs nun entscheiden, ob sie ihn sterben lassen oder der britischen Konzessionsbereitschaft vertrauen sollte. Nach Beratungen mit dem Kommandanten der IRA-Gefangenen, Bobby Sands, brachen die Gefangenen am 18. Dezember den Hungerstreik ab.

Schon bald zeigte sich jedoch, daß die britische Regierung die Kriminalisierungspolitik nicht beenden wollte. Deshalb entschlossen sich die Gefangenen zu einem zweiten Hungerstreik. Dieser Streik sollte am 1. März 1981 beginnen, dem fünften Jahrestag der Beendigung des politischen Status. Die Gefangenen hatten diesmal eine andere Taktik gewählt. Um den Druck auf die britische Regierung langsam zu steigern, trat zunächst nur Bobby Sands in den Hungerstreik. In bestimmten Zeitabständen wollten sich weitere Gefangene anschließen. Dadurch sollte eine Situation wie im Dezember vermieden werden, als mehrere Gefangene gleichzeitig vor dem Hungertod standen. Man ging davon aus, daß der gleichzeitige Tod von mehreren Hungerstreikenden keine größere Wirkung auf die britische Regierung haben würde als der Tod eines einzelnen. Die Unterstützung der Gefangenen im In- und Ausland war enorm. Bei einer Nachwahl für das britische Unterhaus wurde Bobby Sands am 40. Tag sei-

nes Fastens zum Westminster-Abgeordneten gewählt. Zwei weitere IRA-Gefangene, von denen sich einer im Hungerstreik befand, wurden in das Dubliner Parlament gewählt. Dennoch blieb die britische Premierministerin Thatcher un-nachgiebig.

Bobby Sands starb nach 66 Tagen. Seine Beerdigung wurde zu einer massiven Demonstration der Solidarität mit den Hungerstreikenden. Über 100 000 Menschen begleiteten den Sarg von seinem Elternhaus zum Friedhof in West-Belfast. Die Unterstützung der Gefangenen reichte inzwischen weit in das bürgerlich-demokratische Spektrum hinein. Doch die weltweiten Appelle und Demonstrationen machten nach wie vor keinen Eindruck auf Thatcher. Nachdem neun weitere Hungerstreikende gestorben waren, brachen die Gefangenen ihre Aktion nach 217 Tagen am 3. Oktober 1981 ab. Da Thatcher ihren Ruf als „eiserne Lady“ gewahrt hatte, zeigte sie sich nun konzessionsbereit. Die meisten Forderungen der Gefangenen wurden praktisch erfüllt. Lediglich in der Frage der Zwangsarbeit blieb London hart.

Der Hungerstreik hatte zehn Menschen das Leben gekostet und wie kein anderes Ereignis seit Ausbruch des Konflikts die internationale Aufmerksamkeit auf Nordirland gelenkt. Die Unterstützung der IRA in den katholischen Gettos war beträchtlich gewachsen. Darüber hinaus hatte Sinn Féin, der politische Flügel der IRA, zum ersten Mal bei Wahlen unter Beweis stellen können, daß die Partei eine ernstzunehmende politische Kraft geworden war. Zwar können Sinn Féin und IRA eine „britische Lösung“ in Nordirland verhindern, doch ebenso wenig können sie ihre eigenen politischen Vorstellungen durchsetzen.

Der Nordirland-Konflikt ist heute weiter denn je von einer Lösung entfernt. Bei der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens im November 1985 wurden der katholischen Minderheit politische und soziale Reformen versprochen. Kernpunkt des Vertrages war jedoch die Sicherheitspolitik. Die Dubliner Regierung machte große Konzessionen bei der polizeilichen Zusammenarbeit und in der Frage der Auslieferung politischer Gefangener. Die britische Regierung verstand das Abkommen als Rahmen für einen militärischen Sieg über die IRA. Die versprochenen Reformen blieben bis heute aus.

Aus den Statistiken der staatlichen „Agentur für gerechte Jobverteilung (FEA)“ geht hervor, daß zweieinhalbmal mehr katholische Männer arbeitslos sind, als ihre protestanti-

schen Geschlechtsgenossen. Wegen des Niedergangs der Schwerindustrie ist zwar auch die Arbeitslosigkeit unter den Protestanten gestiegen, doch der Verfall der traditionell „katholischen“ Textil- und Bauindustrie hat sich weitaus stärker



4. Mai 1986. Sinn Féin Demonstration anlässlich des 5. Jahrestages des Hungerstreiks, Westbelfast.

bemerkbar gemacht. Die Arbeitslosenzahl in katholischen Arbeitervierteln beträgt bis zu 80 Prozent. Doch die britischen Investitionsprogramme konzentrieren sich auf protestantische Viertel. Für Katholiken ist es nicht nur schwierig, in diesen Vierteln Arbeit zu bekommen, sondern auch lebensgefährlich: Seit Anfang der siebziger Jahre haben protestantische Paramilitärs immer wieder katholische „Eindringlinge“ ermordet. Das hat zu einer nahezu vollständigen vertikalen Segregation, d. h. einer Trennung der beiden Bevölkerungsteile anhand von Religionszugehörigkeit, geführt. Und die Trennung ist sichtbar: zwischen der katholischen Falls Road und der protestantischen Shankill Road verläuft eine Mauer. An dieser „Friedenslinie“ kommt es häufig zu regelrechten Schlachten.

Die britische Regierung versucht, ihre (Nicht-)Subventionen zur Aufstandskontrolle einzusetzen. In das katholische West-Belfast fließen keine öffentlichen Gelder. Der damalige Innenminister Hurd hat Ende 1987 allen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen in diesem Viertel die Mittel gestrichen, weil sie angeblich Verbindungen zu „Terroristen“ haben. Erklärten sich die Projekte bereit, in das „neutrale“ Stadtzen-

trum umzusiedeln, so wurde ihnen die Unterstützung wieder bewilligt. Gleichzeitig spendierte die Regierung dem protestantischen Ost-Belfast ein neues Schwimmbad. Trotz aller amtlichen Beteuerungen, der ungerechten Einstellungspraxis ein Ende bereiten zu wollen, sieht das Bild in den staatlichen Betrieben nicht besser aus. In der Flugzeug- und Waffenfabrik „Shorts“, die in Ost-Belfast liegt, arbeiten nur fünf Prozent Katholiken. Auch in den gehobenen Positionen stellen die Katholiken unter fünf Prozent. Die FEA gibt zu, daß die Katholiken in diesem Bereich stark benachteiligt sind: „Die Bewerber müssen sich bei Ausschüssen vorstellen, die fast ausschließlich mit Protestanten besetzt sind.“

Selbst ausländische Investoren haben die diskriminierende Einstellungspraxis übernommen. Der „Irish National Caucus“ – eine Gruppe irischer Emigranten in den USA – versucht seit Jahren, US-amerikanische Niederlassungen in Nordirland zu einer gerechteren Stellenvergabe zu bewegen. Die USA sind der größte ausländische Investor in Nordirland. 23 US-Firmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 29 Milliarden Dollar beschäftigen – direkt oder indirekt – 17 000 Menschen. Der „National Caucus“ fordert, daß diese Firmen sich den „McBride-Prinzipien“ unterwerfen sollen. Diese Prinzipien sind von dem im Januar verstorbenen irischen Friedensnobelpreisträger, Lenin-Preisträger und Mitbegründer von amnesty international, Sean McBride, aufgestellt worden. Sie zielen darauf ab, US-Firmen zu einer Beendigung der Benachteiligung von Katholiken zu zwingen. Die Prinzipien wurden bisher von zehn US-Staaten und 20 Großstädten anerkannt. Doch in Nordirland stoßen sie bei den Gewerkschaften und den politischen Parteien auf Ablehnung. Nur Sinn Fein, der politische Flügel der „Irish-Republicikanischen Armee (IRA)“, unterstützt die Bemühungen des „National Caucus“. Die Kritiker befürchten, daß eine erzwungene Durchsetzung der McBride-Prinzipien zum Rückzug vieler US-Firmen aus Nordirland und damit zum Verlust vieler Arbeitsplätze führen werde. Darüber hinaus fände lediglich eine Umverteilung der Armut statt, weil dann die Arbeitslosenzahlen bei den Protestanten steigen würden. Eine wirkliche Verbesserung der Situation ließe sich nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze erreichen. Tom Redmond von der Organisation „Gewerkschafter für ein unabhängiges und vereintes Irland“ widerspricht dem. Er sagt: „Sicher muß Druck auf die britische Regierung ausgeübt werden, damit die Diskriminierung von Katholiken in Nordirland beendet wird. Aber natürlich haben die US-Bürger das Recht zu entscheiden, auf welcher Basis US-Firmen im Aus-

land investieren. Diese internationale Solidarität ist wichtig. Sonst könnte man es ja gleich der Botha-Regierung in Südafrika überlassen, die Apartheid abzuschaffen.“

Zwar erhebt die Republik Irland in ihrer Verfassung Anspruch auf den Norden, und keine Partei könnte es sich erlauben, diesen Artikel zu streichen, doch immer mehr Südländern wollen nicht allzu nah mit dem Problem konfrontiert werden. Lieber distanziert man sich von den ungeliebten Landsleuten im Norden. Nach einem IRA-Anschlag, bei dem elf „Zivilisten“ getötet worden waren, schämte sich der Dubliner Sänger Chris de Burgh in einem flugs komponierten Lied



10. August 1980. Belfast. Soldat der britischen Armee, mit einem Gewehr, mit dem in Westbelfast Plastikgeschosse abgefeuert werden.



19. November 1985. Unterzeichnung des Anglo-Irischen Abkommens. Hillsborough.

sogar dafür, daß er Ire ist. Eine unabhängige Umfrage hat 1988 ergeben, daß nur noch zwei Drittel der süd-irischen Bevölkerung ein vereintes Irland fordern. 1983 waren es noch 75 Prozent. Umgekehrt ist die Zahl derer, die unentschieden oder sogar gegen eine Vereinigung sind, von 24 auf 33 Prozent gestiegen. Besonders überraschend war die Tatsache, daß die Mehrheit der Befragten die Bewohner Nordirlands für ebenso britisch wie irisch hält.

Für die Regierung liegen daher die Prioritäten eindeutig in der Sanierung der 26 Grafschaften. Auf die zahllosen Fälle, in denen London die Rechte (nord-)irischer Bürger und Bürgerinnen mit Füßen tritt (Justizkandale, Todesschußpolitik, Kooperation zwischen „Sicherheitskräften“ und loyalistischen Mordkommandos – die Liste ist lang), reagiert Premierminister Charles Haughey lediglich mit „scharfen Protesten“.

Viele Beobachter glauben, daß Haughey das anglo-irische Abkommen vom November 1985 retten will, das der Dubliner Regierung ein eng umgrenztes Mitspracherecht in nord-irischen Angelegenheiten einräumen sollte. Doch das Abkommen wurde während der Amtszeit der jetzigen Oppositionspartei „Fine Gael“ (Stamm der Gaelen) unterzeichnet. Einer der schärfsten Kritiker war damals Charles Haughey. Er sagte: „Erst wenn irische Angelegenheiten von der Macht und dem Einfluß der Londoner Regierung befreit sind, können die Interessen aller Menschen auf dieser Insel gesichert

werden.“ Als Haughey drei Monate später zum Regierungschef gewählt wurde, war er noch immer gegen das Abkommen, weil es seiner Meinung nach die Teilung Irlands festschrieb. Doch drei Tage später erklärte er einer erstaunten Journalisten-Schar, daß er eindeutig hinter dem Abkommen stehe. Was hatte diese Wendung veranlaßt? Haughey war deutlich gemacht worden, daß seine Minderheitsregierung die Unterstützung der Oppositionsparteien verlieren würde, falls er das anglo-irische Abkommen aufkündige. Daraufhin ließ er seine „republikanischen Prinzipien“ fallen.

Von der Republik Irland wird keine politische Initiative zur Entschärfung des Nordirland-Konflikts ausgehen, sondern Fianna Fail wird auf Vorschläge aus Großbritannien oder von den nordirischen Protestanten warten. Dann jedoch hat Haughey freie Hand: Schließlich war seine Nordirland-Politik bisher so widersprüchlich und richtungslos, daß er sich alle Wege offen gehalten hat.

Auch in Großbritannien ist die „irische Frage“ kein Thema, nicht einmal für die Linke. Zur nationalen Demonstration für einen Truppenabzug aus Nordirland gingen am 20. Jahrestag der Truppenentsendung nur 3000 Menschen auf die Straßen Londons. Zwar plädiert die Mehrheit der britischen Bevölkerung in Meinungsumfragen für einen Rückzug aus Nordirland, aber nur eine kleine Minderheit setzt sich auch politisch dafür ein. Nordirland ist zwar ein Ärgernis, aber es bedrückt die Öffentlichkeit nicht allzusehr.

Es gehört zur Tragik der nordirischen Protestanten, daß sie besonders in England kaum besser angesehen sind als ihre katholischen Mitbürger, obwohl die meisten Protestanten auf ihrer britischen Identität beharren. Britische Politiker dürfen nach wie vor ungestraft rassistische Bemerkungen über „den Iren schlechthin“ machen, während ähnliche Äußerungen über schwarze Einwanderer unweigerlich einen Aufschrei der liberalen Öffentlichkeit nach sich ziehen. Mit der „irischen Frage“ lassen sich in Großbritannien keine Wahlen gewinnen. Das weiß auch die oppositionelle Labour Party. Zwar hat sich die Partei im April 1987 gegen Plastikgeschosse, Kronzeugen-Prozesse und die für Nordirland geltenden Notstandsgesetze ausgesprochen, aber für die Wiedervereinigung Irlands setzt auch die Labour Party zunächst das Einverständnis der protestantischen Mehrheit voraus. Darauf kann jedoch gewartet werden.

Ralf Sotscheck

# Impressionen irischer Institutionen

## Das gerechteste Wahlsystem der Welt?

Parlamentswahlen sind in Irland eine Angelegenheit, die keineswegs nur alle fünf Jahre – wie in der Verfassung vorgesehen – stattfinden muß. Bei wechselnden Mehrheiten, oder wenn eine Partei die Chance sieht, ihre Stellung im Parlament zu stärken, werden flugs Neuwahlen ausgeschrieben. In den Jahren 1927 und 1982 wurde sogar gleich zweimal gewählt, weil die Parteien mit dem Votum der WählerInnen nicht einverstanden waren. Das kann natürlich auch schief gehen: Fianna-Fail-Chef Charles Haughey glaubte im letzten Jahr den Meinungsumfragen, die seiner Minderheitsregierung die Chance auf die absolute Mehrheit vorgaukelten, so daß er das Volk zur Urne bat. Die Umfragen erwiesen sich als trügerisch. Fianna Fail verlor sogar Stimmen und muß sich nun die Macht mit den Progressiven Demokraten teilen. Die Schadenfreude der anderen Parteien kannte keine Grenzen.

Fianna Fail konnte 1987 wieder die Regierung von der Koalition aus Fine Gael und der kleinen Labour Party übernehmen. Der Autor durfte damals „Wahlbeamter“ sein und mußte überprüfen, ob die angehenden WählerInnen auch im Wahlregister verzeichnet waren. Das Wahllokal, die kleine protestantische Grundschule „Tintenfaß“ in Dublin-Mitte, glich – wie für Wahllokale in Irland üblich – einem Werk von Christo: Es war mit Wahlplakaten zugehängt worden. Wer sich davon nicht beeindruckt ließ, sah sich auf den letzten Metern vor dem entscheidenden Kreuzchen von unzähligen Wahlhelfern belagert, die mit Hilfe von Flugblättern und Anstecknadeln versuchten, die Stimmen der Unentschlossenen zu ergattern. Von Zeit zu Zeit erschien gar die Kandidaten persönlich, um ihre frierenden Helfer – die Wahlen fanden damals im Februar statt – zum Ausharren zu ermuntern.

Der Wähleransturm erfolgte im Dreistudentakt. Die meisten Kreuzelmacher gingen nämlich vor der Wahl zur Messe in die benachbarte Kirche. Angesichts des irischen Parteienspektrums (drei mehr oder weniger konservative Parteien, die zusammen über mehr als 90 Prozent der Parlamentssitze verfügen) erscheint Beten für Irlands Zukunft eine durchaus erfolgversprechende Alternative zu den Wahlen. Für viele Menschen war der Weg ins Wahllokal ohnehin vergeblich. In Irland darf nur wählen, wer sich zuvor ins Wahlregister eingetragen hat. Da das Register damals schon ein Jahr alt war, blieben 156 000 Wahlberechtigte ohne Stimme – vor allem

junge Leute, die im Laufe des Jahres volljährig geworden waren, aber erst im nächsten Register, das nach den Wahlen erstellt wurde, erschienen. Hämisches Gelächter über die schlampige Bürokratie kam auf, als drei Babys mit ihren Wahlkarten in der Hand von den Titelseiten der Zeitungen winkten. Den Säuglingen wurde daraufhin allerdings das Wahlrecht umgehend wieder aberkannt.

## Dáil Éireann

